

# Asylbewerberheim soll Ende 2017 schließen

**Gemeinderat** Riedener beklagen in Resolution an Ministerpräsident Seehofer bauliche Mängel und zunehmende Konflikte in Zellerberger Einrichtung. Regierung bietet lediglich Gespräch an

**Rieden** 1350 Einwohner zählt die Gemeinde Rieden. Bis zu 75 Flüchtlinge nimmt sie nach eigenen Angaben seit 1980 in dem Asylbewerberheim der Regierung von Schwaben in Zellerberg auf. Immer wieder gab es im Laufe der Jahre Konflikte. Nun riss den Gemeinderäten der Geduldsfaden. Am Montagabend verabschiedeten sie vor zahlreichen Zuhörern einstimmig eine Resolution an Ministerpräsident Horst Seehofer und die bayerische Staatsregierung. Sie fordern, die Unterkunft bis zum Jahresende zu schließen. Unterstützung erhalten sie vom Bundestagsabgeordneten Stephan Stracke (CSU) und dem Landtagsabgeordneten Bernhard Pohl (Freie Wähler).

Auslöser für die aktuelle Forderung war ein „dramatischer Vorfall“ am 25. August. Laut Polizei griff ein Ehepaar aus Nigeria (24 und 25 Jahre) Polizisten und eine Mitarbeiterin des Landratsamtes mit einer Glasscherbe an (*wir berichteten*). Zusätzlich drohte das Paar, sich umzubringen. Verletzt wurde zwar niemand. Die Situation habe aber nur mit „einem beherzten Polizeieinsatz entschärft“ werden können, heißt es in der Resolution.

Zudem beklagen die Gemeinderäte, dass das ehemalige Arbeiterwohnheim einer Maschinenfabrik nach beinahe 40-jähriger Nutzung als Asylbewerberheim „erhebliche bauliche Mängel“ aufweise. Vier- und mehrköpfige Familien würden in einem einzigen Raum untergebracht. Die sanitären Einrichtungen „sind unzureichend und in keinem guten Zustand“. Auch die Betreuung entspricht nicht den Vorstellungen der Riedener. „Die Menschen sind auf sich selbst gestellt. Konflikte untereinander sind vorprogram-



**Einst diente dieses Gebäude in Zellerberg als Arbeiterwohnheim einer Maschinenfabrik, seit 1980 hat es die Regierung von Schwaben als Unterkunft für Asylbewerber angemietet. Die Gemeinde fordert nun, dass es bis Ende des Jahres geräumt und geschlossen wird.**

Foto: Mathias Wild

miert.“ Die Gemeinde sieht sich für „das gute Zusammenleben der Menschen“ verantwortlich. Sie will nicht mehr zusehen, wie sich „Spannungen aufbauen und Probleme für die öffentliche Sicherheit und Ordnung auftreten“. Auch im Sinne der „Humanität“ fordert die Gemeinde die Staatsregierung auf, die derzeit 62 Flüchtlinge aus 13 Nationen in Zellerberg bis spätestens Ende 2017 anderweitig unterzubringen und das angemietete Heim zu schließen.

Ins selbe Horn stößt Pohl mit Schreiben an Sozialministerin Emilia Müller, Staatssekretär Johannes

Hintersberger und Regierungpräsident Karl-Michael Scheufele. Pohl besichtigte die Unterkunft nach eigenen Angaben vergangenen Freitag gemeinsam mit Riedens Bürgermeisterin Inge Weiß und weiteren Vertretern der Gemeinde. Sein Fazit: „So kann es hier nicht weitergehen! Es leben viel zu viele Menschen auf engstem Raum zusammen.“ Ein noch nicht einmal zehnjähriger Bub habe die Gäste durch die Unterkunft geführt. Niemand sonst sei als Ansprechpartner für die Menschen dort anwesend gewesen.

Die Regierung von Schwaben

sieht derzeit laut Pressesprecher Karl-Heinz Meyer dennoch keinen Anlass, die Unterkunft in Zellerberg zu schließen. Laut Meyer hat erst am 31. August eine Begehung stattgefunden. In den Wohnbereichen seien weder gravierende bauliche Mängel noch Schimmel festgestellt worden. Eine Feuchtigkeitsmessung habe ergeben, dass die Wände trocken sind. Ein schimmeliges Bereich im Souterrain sei bereits komplett saniert worden. „Die Aussagen zum baulichen Zustand der Gemeinschaftsunterkunft können wir im Übrigen nicht bestätigen“, teilte

Meyer gestern mit. Der seit 1980 geltende Mietvertrag verlängere sich automatisch jeweils um ein Jahr, wenn er nicht bis spätestens 30. Juni gekündigt werde. Das heißt, aktuell läuft der Vertrag bis Ende 2018. Die Regierung bietet der Gemeinde an, alle offenen Fragen bei einem gemeinsamen Gespräch zu erörtern und Wege und Lösungen zu suchen. An diesem Gespräch könnten gerne auch Vertreter aus dem Helferkreis und der Caritas sowie Ansprechpartner aus dem Landratsamt und von der Polizei teilnehmen. (*kau/rm*)